

Allgemeine Vorschrift für den Verbundtarif als Höchstarif und einer diesbezüglichen Ausgleichsleistung sowie über den Ausgleich für die Anerkennung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt und Zuzahlungen der öffentlichen Hand zum Top-Jugendticket im Verbundgebiet des Verkehrsverbundes Ost-Region

Präambel

Am 3.12.2009 trat die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 (nachfolgend "**PSO-VO**" genannt) in Kraft. Am 24.12.2016 trat die Verordnung (EU) 2016/2338 in Geltung, mit der die PSO-VO geändert wurde. Die PSO-VO berechtigt die zuständigen Behörden, den Betreibern von öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrsleistungen (nachfolgend "**Betreiber**" genannt) auf der Grundlage einer Allgemeinen Vorschrift gemäß Art 3 Abs 2 Ausgleichsleistungen für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen zur Festsetzung von Höchstarifen für alle Fahrgäste oder bestimmte Gruppen von Fahrgästen zu gewähren.

Die Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) GmbH (nachfolgend "**VOR GmbH**" genannt) als Aufgabenträgerin der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland als zuständige Behörden im Sinne der PSO-VO hat in ihrem geografischen Zuständigkeitsgebiet die nachfolgende Allgemeine Vorschrift über die Anwendung des Verbundtarifs des Verkehrsverbundes Ost-Region (VOR) als Höchstarif, der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt und des Top-Jugendtickets und einer diesbezüglichen Ausgleichsleistung erlassen.

Zweck dieser Allgemeinen Vorschrift ist ein den Grundsätzen der Gleichbehandlung und Allgemeingültigkeit unterliegender Ausgleichsmechanismus für die Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen unter Anwendung des einheitlichen VOR-Verbundtarifs sowie Anerkennung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt und des Top-Jugendtickets.

Im Gegensatz zu einem öffentlichen Dienstleistungsauftrag nach der PSO-VO wird die Maßnahme dieser Allgemeinen Vorschrift nicht gegenüber *einem* Betreiber erlassen, sondern sie gilt diskriminierungsfrei für *alle* Betreiber, die die in dieser Allgemeinen Vorschrift festgelegten öffentlichen Personenverkehrsdienste erbringen.

Übergeordnetes Ziel dieser Allgemeinen Vorschrift ist die Aufrechterhaltung bzw. weitere Stärkung eines attraktiven und marktorientierten Angebots an öffentlichem Personennah- und Regionalverkehr in der Ost-Region. Diese Allgemeine Vorschrift ergänzt sohin die bereits bestehende Zusammenarbeit zwischen Verkehrsunternehmen und den zuständigen Behörden bzw. den Aufgabenträgern. Sie wurde nach Konsultationen mit im Verbundgebiet tätigen Betreibern erlassen.

Die administrative Durchführung erfolgt durch die VOR GmbH, die auch als Clearingstelle fungiert. Die folgenden Anlagen (inklusive allfälliger Beilagen) sind integrierender Bestandteil dieser Allgemeinen Vorschrift:

- Anlage ./1:** Erläuterung und Grundsätze der Verbundkooperation
- Anlage ./2:** Harmonisierungsabgeltung
- Anlage ./3:** Pauschalabgeltung der Schüler-/Lehrlingsfreifahrt (SLF)
- Anlage ./4:** Zuzahlungen zum Top-Jugendticket
- Anlage ./5:** Berechnung der Platzkilometer

- Anlage ./6: Antrag auf Ausgleichsleistung**
Beilage ./1: Trennungsrechnung
Beilage ./2: Vertraulichkeitserklärung
Beilage ./3: Compliance-Erklärung
- Anlage ./7: Erläuterung und Grundsätze der relationsbezogenen Einnahmenaufteilung**
Anlage ./8: Erläuterungen zum angemessenen Gewinn
Anlage ./9: Übersicht Ausgleichsleistungen

§ 1 Gemeinwirtschaftliche Tarifverpflichtung und Verbundverpflichtung

(1) Der Verbundtarif für den Verkehrsverbund Ost-Region (VOR-Verbundtarif) in seiner jeweiligen aktuellen Fassung (abrufbar unter <https://www.vor.at/tickets/befoerderungsbedingungen-tarifbestimmungen/>) wird gemäß Artikel 3 Abs 2 der PSO-VO als Höchsttarif für alle Fahrgäste sowie bestimmte Kundengruppen festgeschrieben. Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung besteht in der obligatorischen Anwendung des Verbundtarifs als Höchsttarif für die Erbringung öffentlicher Personenverkehrsleistungen iSd § 2 ÖPNRV-G.

(2) Gegenstand dieser Allgemeinen Vorschrift sind die Harmonisierungsabgeltung für die Anerkennung des Verbundtarifs als Höchsttarif, wobei die Harmonisierungsabgeltung für alle Relationen, auf denen der Verbundtarif anerkannt wird, gewährt wird, sowie Ausgleichsleistungen für die Anerkennung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt (kurz „**Ausgleichsleistungen**“) und Zuzahlungen der öffentlichen Hand für das Top-Jugendticket für Betreiber von öffentlichen Personenverkehrsdiensten im Eisenbahnverkehr. Öffentliche Personenverkehrsdienste mit anderen Arten des schienengebundenen Verkehrs oder generell des straßengebundenen Verkehrs sind nicht Gegenstand dieser Allgemeinen Vorschrift.

(3) Der Verbundtarif ist ein Gemeinschaftstarif mit vollständiger Durchtarifizierung und freier Verkehrsmittelwahl. Die Betreiber sind verpflichtet, den Verbundtarif im Sinne der jeweils gültigen VOR-Tarifbestimmungen anzuwenden.

(4) Das geografische Gebiet, auf dem die Allgemeine Vorschrift gilt, ist das Verbundgebiet des Verkehrsverbundes Ost-Region. Dieses Verbundgebiet ist der Anwendungsbereich des Verbundtarifs des VOR und setzt sich zusammen aus dem Verbundraum (bestehend aus den Gebieten der Bundesländer Wien, Niederösterreich und Burgenland, gemeinsam auch Kernverbundgebiet genannt) und dem Verbundtarif-Erweiterungsgebiet gemäß den Tarifbestimmungen des Verkehrsverbundes Ost-Region. Der Verbundtarif ist auf allen Fahrten, die im Verbundgebiet beginnen und enden und durchgehend auf Verbundlinien durchgeführt werden, anzuwenden, wobei entweder der Start- oder Endpunkt der Fahrt im Verbundraum (Kernverbundgebiet) liegen muss, oder diese andernfalls zumindest in Verbundtarif-Erweiterungsgebieten in unterschiedlichen Bundesländern liegen müssen.

(5) Besondere Bestimmungen hinsichtlich der Anwendung des Verbundtarifs bei verbundraum-überschreitenden Fahrten sind in den Tarifbestimmungen Verkehrsverbund Ost-Region ("**VOR-Tarifbestimmungen**"), jene bezüglich der Kombination von Unternehmenstarifen mit dem Verbundtarif in den Tarifbestimmungen der Verkehrsunternehmen geregelt. Der Verbundlinienverkehr umfasst das gesamte fahrplanmäßige Leistungsangebot im Stadt- und Regionalverkehr der Verkehrsunternehmen im Verbundliniennetz.

(6) Die von den Betreibern in diesem Zusammenhang zu erfüllenden gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen werden gemäß Art 4 Abs 1 und Art 2 lit e) PSO-VO im Einzelnen wie folgt definiert:

- Innerhalb des Verbundgebiets der VOR GmbH dürfen Verkehrsleistungen im schienengebundenen öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr sowie im schienengebundenen öffentlichen Personenfernverkehr nur zum VOR-Verbundtarif als Höchsttarif gem Art 3 Abs 2 PSO-VO in seiner jeweils gültigen und genehmigten Fassung durchgeführt werden.
- Um Ausgleichsleistungen dieser Allgemeinen Vorschrift beanspruchen zu können, haben Betreiber dem Verkehrsverbund Ost-Region und damit
 - dem Einnahmenaufteilungsvertrag (Grundsätze siehe **Anlage 8**) sowie
 - dem "Kooperationsvertrag Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) NEU", in weiterer Folge als **Kooperationsvertrag** bezeichnet (Grundsätze siehe **Anlage 1**)

beizutreten.

Die Verhältnisse zwischen den zuständigen Behörden und den Betreibern richten sich nach dieser Allgemeinen Vorschrift und gegebenenfalls nach den abgeschlossenen öffentlichen Dienstleistungsaufträgen. Sofern ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag besteht, in dem der Betreiber kein Einnahmenrisiko trägt („Bruttovertrag“) und gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen vergütet werden, richtet sich der Ausgleich ausschließlich nach den Regelungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages. Gleiches gilt, sofern ein öffentlicher Dienstleistungsauftrag besteht, der zwischen einem Betreiber und der VOR GmbH oder einem ihrer Gesellschafter (Länder Wien, Niederösterreich und Burgenland) abgeschlossen wurde; auch in diesem Fall richtet sich der Ausgleich ausschließlich nach den Regelungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages. Zudem berücksichtigen die zuständigen Behörden die Ausgleichsleistungen nach dieser Allgemeinen Vorschrift in ihren öffentlichen Dienstleistungsaufträgen mit den Betreibern.

(7) Die Berechtigung zur Erlangung von Ausgleichsleistungen ist durch folgende Vorgaben hinsichtlich der Leistungserbringung bedingt:

- Mindestens zwei Halte im Verbundgebiet auf der Linie
- Linienbedienung täglich im regelmäßigem Intervall

§ 2 Grundlagen des Verbundtarifs, der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt und des Top-Jugendtickets

(1) Die Betreiber von Eisenbahnverkehrsleistungen im VOR-Verbundgebiet sind nach den vorstehenden Regelungen verpflichtet, den VOR-Tarif als Höchsttarif für alle Fahrgäste anzuwenden. Eigene Haustarife mit Gültigkeit innerhalb des VOR-Tarifgebietes sind, unter der Bedingung des Verbundtarifs als Höchsttarif sowie unter Wahrung der Verbundexklusivität der VOR GmbH zulässig (Ausnahmen zur Verbundexklusivität sind im Kooperationsvertrag bzw dem entsprechenden Sideletter dazu festgelegt).

(2) Tarifbedingte Lasten sind die Summe wirtschaftlicher Nachteile, die den Betreibern entstehen, weil die zuständigen Behörden eine für alle Betreiber im Gebiet des VOR (Verbundkooperationspartner) verbindliche Regelung getroffen haben, wonach der Verbundtarif als harmonisierender Höchsttarif zur Anwendung kommt. Für diese wird den Betreibern eine Harmonisierungsabgeltung gewährt.

Unter Harmonisierungsabgeltung ist die jeweilige Zahlungsverpflichtung der VOR GmbH aufgrund der gegenständlichen Allgemeinen Vorschrift an die Betreiber in jener Höhe zu verstehen, die zur Verfügung gestellt wird, um diesen durch ihre Teilnahme am Verkehrsverbund entstehenden wirtschaftlichen Nachteile – zumindest zum Teil, siehe § 3 Ziffer 3 - , zu ersetzen.

(3) Zur Abgeltung des finanziellen Nettoeffektes, der durch die in dieser Allgemeinen Vorschrift (bzw im Kooperationsvertrag) begründeten gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen (Anwendung des Verbundtarifs als Höchsttarif, Anerkennung Schüler- und Lehrlingsfreifahrt sowie Top-Jugendticket) entstehen, gewährt die VOR GmbH den Betreibern Ausgleichsleistungen.

(4) Die sich aus den vorgenannten Bestimmungen ergebenden Ausgleichsleistungen nach dieser Allgemeinen Vorschrift („Ausgleichsmittel“) sind abschließend:

- a) Harmonisierungsabgeltung, das ist eine angebotsunabhängige Ausgleichsleistung der öffentlichen Hand für gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen im Rahmen der Erbringung öffentlicher Verkehrsdienstleistungen (hier: Personenverkehrsdienste im Eisenbahnverkehr) unter Einhaltung eines Höchsttarifs (Verbundexklusivität) und der damit einhergehenden, durch den Verkehrsverbund Ost-Region (VOR) eingeführten Harmonisierung der Verbundtarife (Anlage ./2),

- b) Pauschalabgeltung für die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt – Abgeltung für die Anerkennung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt (Anlage ./3),
 - c) Zuschüsse der öffentlichen Hand zum Top-Jugendticket (Anlage ./4).
- (5) Der VOR-Tarif wird von den Verbundkooperationspartnern in den entsprechenden Gremien beschlossen. Im Rahmen der Tariffbildung werden die Grundsätze der §§ 4 und 5 zur Vermeidung einer Überkompensation durch die Ausgleichsleistung beachtet.
- (6) Die Einnahmenaufteilung erfolgt auf Grundlage des Einnahmenaufteilungsvertrages.

§ 3 Ausgleichsregelung

- (1) Die VOR GmbH gewährt den Teilnehmern an dieser Allgemeinen Vorschrift Ausgleichsleistungen für wirtschaftlichen Nachteile nach den Vorgaben der Nr 2 des Anhanges der PSO-VO, die durch die gemeinwirtschaftlichen Tarifvorgaben der VOR GmbH gemäß dieser Allgemeinen Vorschrift entstehen.
- (2) Die Höhe der Ausgleichsleistungen ergibt sich aus den Anlagen (**Anlagen ./2, ./3 und ./4**) dieser Allgemeinen Vorschrift. Die Ausgleichsleistungen werden sowohl für den Schienenpersonennahverkehr als auch für den Schienenpersonenfernverkehr ausbezahlt.
- (3) Die Ausgleichsmittel, die über die VOR GmbH zur Ausschüttung kommen, sind mit der unter „Ausgleichsmittel“ (**Anlage ./2, ./3 und ./4 bzw Anlage ./9**) genannten Höhe unter Anwendung der jeweiligen Wertsicherungsregeln begrenzt. Dies bedeutet, dass diese Summe jedes Abrechnungsjahr unter den anspruchsberechtigten Betreibern verteilt wird. Sollte sich infolge eines zusätzlich hinzutretenden anspruchsberechtigten Betreibers eine Änderung des der VOR GmbH im Rahmen des Meldeprozederes nach § 4 Abs 2 übermittelten Plan-Platzkilometervolumens ergeben, kann sich hinsichtlich des Einzelanspruchs des Betreibers für die vorläufige und endgültige Ausgleichsleistung jeweils anteilig eine Kürzung im Verhältnis zur Gesamtsumme aller Ausgleichsansprüche ergeben. Die VOR GmbH wird diesfalls alle betroffenen Betreiber informieren. Einzelheiten zur Höhe dieser Mittel sowie zu deren Wertsicherung finden sich in den **Anlagen ./ 2 bis ./4**.
- (4) Als Abrechnungsjahr wird das Kalenderjahr festgelegt.
- (5) Eine im Rahmen der Vorgaben in den **Anlagen ./2, ./3 und ./4** eintretende Änderung der der VOR GmbH zur Verfügung stehenden Ausgleichsmittel, gegebenenfalls im erwähnten Rahmen auch eine Reduzierung, zieht keine Ansprüche oder Gestaltungsrechte eines Betreibers betreffend diese Allgemeine Vorschrift nach sich.
- Änderungen der für das kommende Abrechnungsjahr zur Verfügung stehenden Ausgleichsmittel erfolgen bis spätestens zu dem unter § 10 Absatz (6) genannten Zeitpunkt.
- (6) Der Ausgleich wird nur auf Antrag gewährt. Der Antrag hat bis spätestens 31.10. bei der VOR GmbH eingebracht zu werden, um ab dem darauffolgenden 1.1. berücksichtigt werden zu können. Mit Übermittlung des Antrags erklärt sich der Betreiber durch diese Allgemeine Vorschrift gebunden. Für die Antragstellung sind die in den Anlagen vorgegebenen Muster zu verwenden. Sämtliche Antragsdaten nach **Anlage 6** einschließlich der **Beilagen ./1 bis ./3** müssen vorliegen.

§ 4 Vorabkalkulation, Antragstellung und Festsetzung des Ausgleichs

(1) Die Ausschüttung der zur Verfügung stehenden Mittel bzw die Höhe der Ausgleichsleistung an den konkreten Betreiber ergibt sich aus nachfolgender Berechnungsformel (wobei die "Verbundabgeltung [€]" auch die Mittel für die Schüler- und Lehrlingsfreifahrt sowie die Zuschüsse zum Top-Jugendticket beinhaltet und sich die "Platzkilometer SPV Ostregion [km]" auf entsprechende Leistungen beziehen, die dieser Allgemeinen Vorschrift insgesamt unterliegen):

$$\text{Abgeltungsbetrag gesamt [€]} = \frac{\text{Verbundabgeltung [€]}^1}{\text{Platzkilometer SPV Ostregion [km]}} \times \text{abzurechnende Platzkm Betreiber [km]}$$

(2) Ein Betreiber, der in einem Abrechnungsjahr Verkehre erbringt und erstmals einen Ausgleich nach dieser Allgemeinen Vorschrift beansprucht, hat bis spätestens zum 31. Oktober für das jeweils nachfolgende Fahrplanjahr einen Antrag nach § 3 Abs 5 zu stellen, der das gem. **Anlage .J5** errechnete Platzkilometervolumen für das jeweils nachfolgende Abrechnungsjahr enthält (Basismeldung). Der Betreiber ist sodann bis Ende Jänner des folgenden Abrechnungsjahres verpflichtet, das aktualisierte jährliche Platzkilometervolumen an die VOR GmbH zu melden. Dieses aktualisierte jährliche Platzkilometervolumen ist für eine Ermittlung der konkreten Jahresabgeltung relevant, sofern die Abweichung über 2% gegenüber der Basismeldung liegt (= „abzurechnende Platzkm Betreiber [km]"). Sofern die VOR GmbH nichts Anderslautendes mitteilt, genügt es in den Folgejahren – bei sonst gleichbleibendem Meldungsprozedere betreffend die Plan-Platzkilometer –, dass der Betreiber bis zum jeweils 31. Oktober des nachfolgenden Fahrplanjahres seine Basismeldung an die VOR GmbH übermittelt.

(3) Die VOR GmbH prüft das bei ihr gemäß Absatz (2) eingemeldete Platzkilometervolumen auf Plausibilität und verlangt von dem/den Betreiber/n bei Bedarf eine Erläuterung innerhalb von zwei Wochen. Der/die Betreiber garantiert/garantieren für die Richtigkeit der eingemeldeten Daten.

(4) Auf der Grundlage des Antrags auf Ausgleichsleistung (**Anlage .J6**) setzt die VOR GmbH binnen sechs Wochen nach Erhalt der Meldung gemäß Absatz (2) und unter Berücksichtigung einer allfälligen Erläuterung gemäß Absatz (3) fest, welcher Ausgleichsbetrag dem Betreiber für das kommende Abrechnungsjahr voraussichtlich zusteht.

(5) Die Ausgleichsleistungen werden auf der Grundlage der Festsetzung gem. Absatz (4) geleistet. Im Regelfall kann nach erfolgter Plausibilisierung der eingemeldeten Platzkilometer bei mehreren Teilnehmern an der Allgemeinen Vorschrift das Verhältnis der voraussichtlichen Ausgleichsleistung zueinander für das nachfolgende Abrechnungsjahr festgesetzt werden. Diese Plausibilisierung sowie nachfolgende Feststellung des Verhältnisses der voraussichtlichen Ausgleichsleistungen kann in der Regel bis zum 15. Dezember des laufenden Abrechnungsjahres erfolgen.

Die Akontierungen der Ausgleichsleistungen werden im Abrechnungsjahr zu folgenden Terminen auf das vom Betreiber genannte Konto geleistet:

- Februar: 24% für den ermittelten Jahresausgleich
- Mai: 24% für den ermittelten Jahresausgleich
- August: 24% für den ermittelten Jahresausgleich
- November: 24% für den ermittelten Jahresausgleich.
- 4% des Jahresbetrages: Aufgrund der in den Finanzierungsverträgen zwischen der VOR GmbH und den jeweiligen Ministerien verankerten Abrechnungsfristen wird den Betreibern eines öffentlichen Dienstes der tatsächlich zustehende Betrag für ein Abrechnungsjahr von der VOR GmbH bis längstens Ende März des darauffolgenden Jahres berechnet und der

¹ Unter Verbundabgeltung wird die Gesamtheit der über diese Allgemeinen Vorschrift zur Verfügung gestellten Mittel verstanden, das sind Harmonisierungsabgeltung, Abgeltung für die Anerkennung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt sowie Zuzahlungen der öffentlichen Hand zum Top-Jugendticket.

Differenzbetrag (Anteil 4%) zu den gem. § 4 Abs 4 geleisteten Ausgleichsbeträgen spätestens 30 Tage danach nicht steuerbar ausbezahlt. (Endabrechnung).

§ 5 Überkompensationskontrolle

(1) Der Betreiber ist verpflichtet, die Bestimmungen des Anhangs zur VO (EG) Nr. 1370/2007 einzuhalten.

(2) Die VOR GmbH behält sich das Recht vor jährlich die Einhaltung der Vorgaben nach Absatz 1 durch einen von ihr beauftragten Wirtschaftsprüfer zu beurteilen. Der VOR GmbH steht es frei, mehrere Jahre im Rahmen einer Prüfung zusammengefasst beurteilen zu lassen. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Betreibers, die dem Wirtschaftsprüfer im Rahmen seiner Tätigkeit mitgeteilt werden, sind vom Betreiber als solche zu kennzeichnen. Bei der Berichterstattung des Wirtschaftsprüfers an die VOR GmbH sind diese Geheimnisse nur insoweit offenzulegen, wie sie zum Nachvollzug des Berichts durch die VOR GmbH erforderlich sind. Dem Betreiber steht vor der Berichterstattung das Recht der Einsichtnahme, Stellungnahme und des begründeten Widerspruchs gegen die Offenlegung der Geheimnisse im Bericht zu. Der Betreiber kann dieses Recht binnen vier Wochen nach Eingang des Berichtsentwurfs ausüben. Erhebt der Betreiber binnen vier Wochen keinen Widerspruch, gilt dies als unwiderrufliche Einverständniserklärung der Weiterleitung des Berichts an die VOR GmbH. Das Widerspruchsrecht umfasst nicht die Schlussfolgerungen des Wirtschaftsprüfers. Die Berichterstattung umfasst ebenfalls die Ergebnisse, die sich aus der Anwendung der Absätze 4 und 5 ergeben. Wurde das Widerspruchsrecht ausgeübt, zweifelt jedoch die VOR GmbH an der sachlichen Begründung des Widerspruchs, hat die VOR GmbH das Recht, einen unabhängigen, unparteiischen und fachlich kompetenten Sachverständigen als Schiedsgutachter zur Beurteilung der Begründetheit des Widerspruchs im Sinne einer Interessensabwägung (Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vs. Transparenz) beizuziehen. Die VOR GmbH und der Betreiber unterwerfen sich bei dem weiteren Vorgehen dem Ergebnis des Schiedsgutachters. Die Kosten werden zu gleichen Teilen von der VOR GmbH und dem Betreiber getragen.

(3) Der Betreiber ist zur Mitwirkung an der Durchführung der Prüfung verpflichtet. Die Mitwirkung umfasst insbesondere die Ermöglichung der Einsicht in das Rechnungswesen und alle weiteren Schriften und Aufzeichnungen, die mit den betreffenden Leistungen in Beziehung stehen, die Ermöglichung von Gesprächen mit verantwortlichen Ansprechpartnern, die Auskunftserteilung und die Bestätigung aller gegebenen Auskünfte und Nachweise in Form einer berufstätigen Vollständigkeitserklärung der gesetzlichen Vertreter, die die Richtigkeit und Vollständigkeit aller Angaben sowie die Einhaltung der Vorgaben nach Absatz 1 bestätigt. Sollten andere Behörden, die für die Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen Ausgleichsleistungen an den Betreiber leisten, Beurteilungen von Dritten zur Einhaltung beihilfenrechtlicher Vorgaben durchführen lassen, erklärt der Betreiber sein Einverständnis, dass die diesbezüglichen den Behörden vorliegenden Ergebnisse der VOR GmbH zur Verfügung gestellt werden können. Die Mitwirkung umfasst ebenfalls die Bereitstellung aller Informationen und Erstellung von Berechnungen, die zur Umsetzung der Bestimmungen dieser Allgemeinen Vorschrift erforderlich sind. Die Kosten der Mitwirkung, gleich welcher Art, trägt der Betreiber.

(4) Bei der Beurteilung des angemessenen Gewinns ist im Fall einer gleichzeitigen gemeinwirtschaftlichen Beauftragung eine Gesamtkapitalrendite (Return on capital employed) in jener Höhe wie im betreffenden Verkehrsdienstvertrag definiert und bezogen auf das im Tarifgebiet anteilig eingesetzte Rollmaterial als Obergrenze zu berücksichtigen. Bei nicht bestellten Verkehrsdiensten beträgt die Obergrenze 8,75%. Sollten sich die Renditewerte aufgrund einer Behörden- oder Gerichtsentscheidung als zu hoch erweisen, sind die Obergrenzen entsprechend neu festzusetzen und die insofern überhöhte Ausgleichsleistung bei rechtskräftiger Entscheidung vom Betreiber an die VOR GmbH zurückzuzahlen. Bei der Berechnung der Rendite ist das Ergebnis vor Steuern und Zinsen und der durchschnittliche Buchwert des anteiligen Rollmaterials des Jahres maßgeblich. Sofern im Rahmen öffentlicher Dienstleistungsaufträge im Sinne von Artikel 2 lit. i) PSO-VO eine vergleichbare Berechnungsweise vereinbart ist, kann diese herangezogen werden. Die Vergleichbarkeit der Berechnungsweise und des errechneten

angemessenen Gewinns ist durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen der Tätigkeit nach Absatz 2 zu beurteilen.

(5) Sollten die gewährten Ausgleichsleistungen den finanziellen Nettoeffekt nach Nummer 2 des Anhangs zur PSO-VO übersteigen (Überkompensation), ist der übersteigende Betrag zurückzuzahlen. Sollte der finanzielle Nettoeffekt in einem Jahr geringer als die gewährten Ausgleichsleistungen sein, liegt eine rechnerische Unterkompensation ohne unmittelbare rechtliche Folgen vor. Überkompensationen eines Jahres können mit rechnerischen Unterkompensationen anderer Jahre verrechnet werden. Diese Verrechnungsmöglichkeit besteht für einen Zeitraum von jeweils drei Jahren und endet bei Aufhebung der Allgemeinen Vorschrift, gleich aus welchem Grund. Sollte nach Verrechnung von Über- und Unterkompensationen über den dreijährigen Zeitraum eine Überkompensation verbleiben, ist diese zurückzuzahlen. Der künftig gewährte Ausgleich wird entsprechend gekürzt. Sollte der Betreiber weitere als die gegenständlichen Ausgleichsleistungen im Sinne der PSO-VO erhalten, wird sich die VOR GmbH mit diesen Stellen verständigen, um die Aufteilung der zurückzuzahlenden Ausgleichsleistungen zwischen den Stellen festzulegen. Der Betreiber verpflichtet sich, solche weiteren Ausgleichsleistungen der VOR GmbH unaufgefordert offenzulegen und allfällige Überkompensationen vier Wochen nach Kenntnis von dieser Einigung entsprechend zurückzuzahlen. Wird eine solche Einigung nicht erreicht, ist die Überkompensation im Verhältnis der für den betreffenden Zeitraum gewährten Ausgleichsleistungen auf Basis dieser Allgemeinen Vorschrift zu allen im Zeitraum erhaltenen Ausgleichsleistungen zu bestimmen. Eine Unterkompensation entfaltet, abgesehen von der Verrechenbarkeit mit Überkompensationen anderer Jahre innerhalb des dreijährigen Verrechnungszeitraumes nach Maßgabe obestehender Rechenweise, keine rechtlichen Folgen für die VOR GmbH.

(6) Eine Überkompensation ist auf Basis vorhandener Kenntnisse ex-ante durch den Betreiber auszuschließen. Der Betreiber wird jeweils vor Beginn eines Jahres eine diesbezügliche Erklärung der gesetzlichen Vertreter vorlegen, dass die Ausgleichsmittel, die auf Basis dieser Allgemeinen Vorschrift für das jeweilige Jahr erwartet werden, nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu einer Überkompensation beitragen werden. Dabei ist die Höhe der erwarteten gegenständlichen Ausgleichsmittel und die Höhe anderer erwarteter Ausgleichsmittel zu nennen. Sollte die Bestätigung nicht rechtzeitig vorliegen, wird die VOR GmbH eine Kürzung der Ausgleichsmittel vornehmen.

§ 6 Anreiz für eine wirtschaftliche Geschäftsführung und Qualität

(1) Das Verfahren zur Ausgleichsgewährung muss nach Nr. 7 des Anhangs PSO-VO einen Anreiz für die Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung und für die Qualität im öffentlichen Personennah- und Regionalverkehr bieten.

(2) Der Anreiz zur Aufrechterhaltung oder Entwicklung einer wirtschaftlichen Geschäftsführung und für die Qualität gemäß Nr. 7 des Anhangs zur PSO-VO ergibt sich daraus, dass die Betreiber nach Maßgabe des Kooperationsvertrags und des Einnahmenaufteilungsvertrags das überwiegende Marktrisiko tragen, und keine Ansprüche auf einen Verlustausgleich im Nachhinein haben.

§ 7 Umsatzsteuer

Die VOR GmbH geht davon aus, dass die für die Erbringung von öffentlichen Personenverkehrsdiensten geleisteten Ausgleichszahlungen nicht der Umsatzsteuer unterliegen.

Sollte sich diese Rechtsauffassung der VOR GmbH durch eine Änderung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen, durch die Rechtsprechung oder aus anderen Gründen als nichtzutreffend erweisen, wird die VOR GmbH mit den Betreibern unverzüglich in Gespräche eintreten, um eine tragfähige Regelung herbeizuführen.

§ 8 Datenschutz

- (1) Im Rahmen der Entscheidung über die Auszahlung von Ausgleichsleistungen ist es erforderlich, die Angaben und Daten von Betreibern zu prüfen. Diese Prüfung kann nur auf Basis von übermittelten Daten erfolgen, die anschließend verarbeitet werden. Nur dadurch ist es möglich, die Grundlagen für die Auszahlung der Ausgleichsleistungen zweifelsfrei festzustellen.
- (2) Die von Betreibern bekanntgegebenen Daten werden zum Zweck der Berechnung und der Auszahlung von Ausgleichsleistungen sowie zu Zwecken des Betriebs und des Vertragsmanagements verarbeitet. Durch Unterfertigung des Antrages auf Ausgleichsleistung (**Anlage 6**) bestätigen die Betreiber, dass sie zur Weitergabe der dort genannten Daten berechtigt sind.

§ 9 Veröffentlichung von Daten gemäß Art 7 Abs 1 PSO-VO

Die Daten von Betreibern, die Ausgleichsleistungen im Rahmen dieser Allgemeinen Vorschrift erhalten, sind durch die VOR GmbH gemäß Art 7 Abs 1 PSO-VO zu veröffentlichen.

§ 10 Schlussbestimmungen

- (1) Diese Allgemeine Vorschrift lässt weiterhin bestehende und gültige Verträge im Rahmen des Verkehrsverbundes Ost-Region (VOR), wie insbesondere den Kooperationsvertrag sowie den Einnahmenaufteilungsvertrag in der jeweils geltenden Fassung unberührt.
- (2) Sollten gesetzliche Normen abweichende Regelungen zu dieser Allgemeinen Vorschrift treffen, die nicht dispositiv sind, gehen diese den Regelungen dieser Allgemeinen Vorschrift vor.
- (3) Diese Allgemeine Vorschrift wird auf der Internetseite der VOR GmbH eingestellt.
- (4) Diese Allgemeine Vorschrift tritt rückwirkend mit 16.12.2023 in Kraft und gilt gegenüber den jeweiligen Betreibern, sobald die Bedingungen gemäß § 1 erfüllt sind. Sämtliche zeitlich früher ausgelobte Allgemeine Vorschriften für den Verbundtarif kommen damit nicht mehr zur Anwendung.
- (5) Die Wertsicherung gemäß den Regelungen in den Anlagen ./2 und ./9 kommt rückwirkend mit 01.01.2021 zur Anwendung.
- (6) Sobald ein Antrag auf Ausgleichsleistung erfolgt ist, ist der jeweilige Betreiber dazu verpflichtet, die in dieser Allgemeinen Vorschrift festgelegten Pflichten zu erfüllen.

Soweit ein Betreiber für einen folgenden Abrechnungszeitraum diese Pflicht gemäß dieser Allgemeinen Vorschrift voraussichtlich nicht vollumfänglich erfüllen wird, ist dies der VOR GmbH bis längstens 30.04. des laufenden Abrechnungszeitraums mittels eingeschriebenen Briefs zur Kenntnis zu bringen. Sofern dieser Termin zur Bekanntgabe nicht mehr eingehalten werden kann, hat der Betreiber die Bekanntgabe an die VOR GmbH umgehend zu veranlassen. Auf die damit verbundenen Rechtsfolgen gemäß Absatz (9) des § 10 der Allgemeinen Vorschrift wird verwiesen.

- (7) Diese Allgemeine Vorschrift (inklusive der Anlagen und Beilagen) kann geändert und angepasst werden. Die VOR GmbH hat die Möglichkeit zunächst einen Entwurf der geänderten Allgemeinen Vorschrift den Betreibern zur Konsultation zu übermitteln. Diese haben der VOR GmbH binnen einem Monat ihre Fragen und Anmerkungen zu übermitteln. Im Anschluss daran steht es der VOR GmbH frei mit jedem Betreiber, sofern dieser dies wünscht, Konsultationsgespräche zu führen. Unter möglicher Berücksichtigung der Rückmeldungen kann die VOR GmbH die geänderte Allgemeine Vorschrift mit einem

Vorlauf von sechs Monaten bekanntgeben. Änderungen der Allgemeinen Vorschrift werden ausschließlich unter <https://www.vor.at> bekanntgegeben.

(8) Die VOR GmbH steht im eigenen Ermessen interessierten Unternehmen bzw. Betreibern bei Bedarf zur Möglichkeit von Konsultationsgesprächen zur Verfügung.

(9) Im Fall der Beendigung des Kooperations- und des Einnahmenaufteilungsvertrages (auch im Falle des Ausscheidens bzw Ausschlusses des Betreibers aus dem jeweiligen Vertrag) enden die Ansprüche des Betreibers nach dieser Allgemeinen Vorschrift mit Wirksamkeit der Beendigung des entsprechenden Vertrages. Im Falle des Ausscheidens bzw Ausschlusses des Betreibers aus der Allgemeinen Vorschrift kündigt der Betreiber automatisch und ohne weitere Erklärung sowohl den Kooperations- als auch den Einnahmenaufteilungsvertrag.

(10) Die Allgemeine Vorschrift ist unbefristet. Sie kann von der VOR GmbH ohne Angabe von Gründen mit 31.01. eines jeden Abrechnungsjahres zum Ende eines Abrechnungsjahres aufgehoben werden.

(11) Wird die Allgemeine Vorschrift von der VOR GmbH aufgehoben, so führt dies nicht zum automatischen Ausscheiden eines Betreibers aus dem Kooperationsvertrag bzw Einnahmenaufteilungsvertrag.

(12) Der Ausschluss bzw das Ausscheiden eines Betreibers aus der Allgemeinen Vorschrift führt nicht zur Beendigung der allgemeinen Vorschrift mit anderen Betreibern.

(13) Ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus dieser Allgemeinen Vorschrift ergebenden Rechtsstreitigkeiten ist Wien.